

paperpress

.....N e w s l e t t e r.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperprsss.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 478 G

6. Februar 2012

37. Jahrgang

Die Aufreger der Woche

Zwei Themen beschäftigten die Öffentlichkeit in dieser Woche, die unterschiedlicher nicht sein können. Der Tod eines dreijährigen Kindes in Weißensee und die Frage, ob Politiker Freikarten annehmen dürfen oder nicht.

Völlig zu Recht stehen die Mutter und ihr Lebensgefährte im Fokus der polizeilichen Ermittlungen. Wie in jedem ähnlichen Fall wollen aber viele Medien, bevor noch die Frage nach der Schuld der Eltern gestellt wird, wissen, ob das zuständige Jugendamt die Familie kennt. Bei den Eltern ist die Erklärung für ihr Fehlverhalten schnell gefunden, sie sind überfordert und lassen das Kind unbetreut allein zu Hause. Für das Zurücklassen eines dreijährigen Kindes allein in der Wohnung, gibt es keine Entschuldigung und keine Ausrede.

Die Jugendämter haben immer schlechte Karten in so einem Fall. Kennen sie die Familie nicht, wird die Frage gestellt, warum nicht, und betreut das Jugendamt die Familie, wollen alle wissen, warum eine Misshandlung nicht verhindert werden konnte. Angeblich waren die Familienhelfer „fast täglich in der Familie“ (*Berliner Morgenpost* 4./5.2.1012). Die zuständige Jugendstadträtin **Christine Keil** (Linke) spricht von einer „intensiven sozialpädagogischen Familienhilfe“ (*Berliner Morgenpost*, 4./5.2.2012). Tatsächlich erhielt die Familie zehn Stunden Unterstützung pro Woche, heißt es in einer Pressemitteilung des Jugendamtes Pankow. Zehn Stunden sind alles andere als eine Rundumbetreuung und gerade mal sechs Prozent von 168 Wochenstunden. Aber, Betreuungen dieser Art dauern eben nur sechs bis 15 Stunden pro Woche.

„Während der Betreuungszeit durch das Jugendamt wurden keine Anzeichen einer Kindeswohlgefährdung sichtbar...es gab keine Hinweise auf Gewalt gegenüber den Kindern und es konnte ein fürsorglicher Umgang mit den Kindern bei Kontakten mit der Familie beobachtet werden. Die Ausstattung des Haushaltes war kindgerecht“, sagt das Jugendamt. Niemand hat Gewalteinwirkungen wahrgenommen. Alle sind um Aufklärung bemüht, denn eines ist sicher: es gab eine Ursache für den Tod des Kindes und somit einen Täter.

In den letzten Jahren sind – gerade in Berlin – erhebliche Anstrengungen unternommen worden, um Kindesvernachlässigungen und Misshandlungen frühzeitig zu erkennen und dann im wahren Sinne des Wortes ein gefährdetes Kind in Sicherheit zu bringen. Der Fingerzeig auf die Jugendämter ist bequem, weil die Behörden ja so und so nichts taugen. Wird ein Kind vorsorglich aus einer Familie genommen, ist das Geschrei groß. Das böse Jugendamt nimmt den lieben treu

sorgenden Eltern das Kind weg. Zögert das Jugendamt jedoch zu lange, ist es natürlich für die eingetretene Katastrophe verantwortlich.

Wie sollen Hilfen zur Erziehung aussehen? Man kann ja wohl nicht jeder Familie erst einmal die Kinder wegnehmen, nur weil diese um Unterstützung bitten oder ihnen diese verordnet wird. Der Sinn aller Maßnahmen ist es, eine Familie mit Problemen wieder auf einen vernünftigen Weg zu bringen.

Natürlich kann man sich darüber streiten, ob zehn Stunden in der Woche dafür ausreichend sind. Mehr Stunden kosten mehr Geld. Und wenn man sich die öffentliche Diskussion über die Hilfen zur Erziehung anschaut, dann hört man nicht selten die Frage, ob all das, was an Maßnahmen verordnet wird, auch wirklich sein muss. Die Politik dreht sich hier im Kreise, zwischen dem Anspruch, Familien helfen zu wollen und nach Gesetzeslage zu müssen, und den finanziellen Möglichkeiten, diese Hilfen finanzieren zu können. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander.

Geradezu Pillepalle im Gegensatz zum vorherigen Thema ist die Beschäftigung mit Freikarten für Politiker. Die Sache ist doch ganz einfach. Bei einem Unternehmen, das in Kontakt mit Behörden steht, weil es Genehmigungen benötigt, über die ggf. auch das Parlament mitzuentcheiden hat, kann eine Freikarte immer als Bestechung ausgelegt werden. Die Lösung dieses Problems ist ganz einfach, eine angebotene Karte kann man schlicht und einfach bezahlen. Anders sieht es in folgenden Beispielen aus. Wenn die für die Kultur in dieser Stadt zuständigen Politiker, Freikarten für die Oper oder ein subventioniertes Theater bekommen, dann ist es geradezu ihre Pflicht, dorthin zu gehen. Wie anders sollen sie sich von der Notwendigkeit überzeugen, weiterhin diese Einrichtungen zu finanzieren? Ja, auch hier könnte man sagen, die können die Karten selbst bezahlen, das müssten sie sich leisten können. Da sage ich jedoch: Nein. Und zwar aus Prinzip. Irgendwo hört diese kleinkarierte Neiddebatte aber auch mal auf.

Sollen der Regierende Bürgermeister oder die Mitglieder des Sportausschusses Karten an der Kasse für Hertha kaufen? Was wäre, was man bei dem gegenwärtigen Formtief von Hertha verstehe könnte, wenn **Klaus Wowereit** nicht mehr ins Olympiastadion ginge? Man würde ihm Desinteresse nachsagen. Geht er jedoch hin, wird er der Vorteilsnahme verdächtigt? Das ist Bullshit. Was ist mit den ganzen Neujahrsempfängen, die stattfanden, veranstaltet von allen möglichen Institutionen und Verbänden? Sollen Politiker da nicht mehr hingehen, nur weil dort Speisen und Getränke angeboten werden? Oder sollen sie am Ausgang sagen, ich hatte zwei Bier, drei Buletten und eine Lachsschnitte, was kostet das?

Dass man nun aufgrund eines keineswegs eindeutigen Gutachtens in Panik gerät, ist mal wieder typisch, vor allem aber unserem Herrn Präsidenten geschuldet, der offenbar alles angenommen hat, außer die guten Ratschläge, endlich zurückzutreten. Nun will man Regelungen treffen, von einem Gesetz ist sogar die Rede. Als wenn es keine anderen Probleme gäbe. SPD, CDU und Grüne, die Linkspartei überlegt noch, wollen vorerst keine VIP-Tickets mehr nutzen. Leute, Ihr hab'se nicht alle. Und die Piraten-Populisten-Partei hat auf Druck der neidischen Mitglieder schon beschlossen, nicht mehr zu Hertha und in die Philharmonie zu gehen. Politiker müssen Vorort sein, da, wo Sport und Kultur stattfinden. Sie haben die Pflicht, derartige Veranstaltungen zu besuchen. Ich hoffe, dass sie übergangsweise die Karten annehmen und dafür einen Beitrag bezahlen. Ich will keine Politiker haben, die allein vor ihrem Computer sitzen und dort verblöden.

Ed Koch